

eingereicht am 07.11.2023



02.11.2023 | Stadtparlament Wil

## Interpellation: Soziale Durchmischung und Integration an den Wiler Schulen – kein Thema mehr für den Stadtrat?

### Ausgangslage

Am 29.10.2023 endete die öffentliche Mitwirkung zum Projektbericht «Strategische Schulraumplanung». Im Abschnitt 3.1 «Prämissen für die Schulraumplanung» wird Folgendes festgehalten:

*«Die strategische Schulraumplanung kann weder die ‹Kathi-Frage› noch die soziale Durchmischung in der Stadt Wil lösen. [...] Als weitere Prämisse wurde die Beibehaltung von Quartierkindergärten [...] sowie die Beibehaltung der Quartierschulhäuser auf der Primarstufe festgelegt. [...] Daraus folgt auch, dass eine soziale Durchmischung der Schülerschaft erst auf der Oberstufe möglich wird.»*

Mit diesen lapidaren Ausführungen scheint das Thema «soziale Durchmischung» für den Stadtrat abgehakt zu sein. Der Begriff kommt in den folgenden Teilen des Berichts nicht mehr vor. Der Begriff «Integration» (im gesellschaftlichen Sinn) ist im Projektbericht überhaupt nicht zu finden. Augenscheinlich stellen die Auswirkungen bezüglich sozialer Durchmischung und Integration für den Stadtrat kein relevantes Kriterium bei der Evaluation künftiger Schulstandorte dar. Die Fraktion GRÜNE prowil ist darüber in hohem Masse irritiert.

Im Jahr 2013 hat die Stadt Wil das Thema «soziale Durchmischung» departementsübergreifend im Rahmen eines Postulats aufgearbeitet. Eine nichtständige Kommission des Stadtparlaments hat sich an vier Sitzungen ausgiebig mit dem Bericht auseinandergesetzt. Über die Relevanz der Thematik sowie den Handlungsbedarf bestand ein breiter politischer Konsens. Eine wesentliche Erkenntnis aus dem Bericht lässt sich wie folgt zusammenfassen: Eine bessere soziale Durchmischung in den Quartieren führt nicht per se zu einer besseren gesellschaftlichen Integration von Minderheiten. Wesentlich ist die Förderung der Interaktions- und Teilhabemöglichkeiten, u.a. durch geeignete öffentliche Infrastrukturen. Zudem kommt der Schule bei der Sozialisation und Integration von Jugendlichen eine herausragende Bedeutung zu. In diesem Zusammenhang wird festgehalten, dass gemäss PISA-Studie ein überproportionaler Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund sich negativ auf das Leistungsniveau von Schulen auswirkt.

Im Postulatsbericht wird sodann auf das städtische Integrationsleitbild vom 24.05.2004 verwiesen, insbesondere auf das Handlungsfeld «Schulplanung und Klassenzuweisung» (Massnahme 11). In diesem Zusammenhang wird ausgeführt:

*«Ausgewogene Klassenzusammensetzung als Qualitätsvoraussetzung: Wer mit vielen Kameraden / Kameradinnen aus demselben ausländischen Herkunftsgebiet in derselben Klasse sitzt, sieht keinen zwingenden Beweggrund, sich sprachlich und verhaltensmässig zu integrieren. Dies wirkt sich auf die Lernmotivation der Kinder negativ aus und lässt bei bildungsinteressierten Eltern Ängste vor einem Sinken des Leistungsniveaus der gesamten Klasse entstehen. Fazit: Die Anteile Zugewanderter gleicher Nationalität in Schulklassen sollen sich in vertretbarem Rahmen bewegen.»*

Im entsprechenden Massnahmenblatt des Integrationsleitbildes wird folgende Zielsetzung formuliert:

*«Die Schulplanung und Schulraumplanung soll sich vermehrt an pädagogisch-funktionalen Kriterien, dem Prinzip der bestmöglichen Durchmischung sowie der Realisierung vernünftiger Klassengrößen orientieren.»*

Demgegenüber führte der Stadtrat in der Antwort zur Interpellation «Stand der soziokulturellen Durchmischung in den Wiler Schulen» vom 24.11.2021 unter anderem Folgendes aus:

*«Der Stadtrat ist der Ansicht, dass eine ausgewogenere soziokulturelle Durchmischung nicht über eine künstliche Steuerung der Zuteilung der Schulkinder, sondern allenfalls über die Stadt- und Quartierentwicklung erfolgen muss.»*

Bereits in dieser Interpellationsantwort liess der Stadtrat durchblicken, dass er das im Integrationsleitbild verankerte «Prinzip der bestmöglichen Durchmischung» in Frage stellt. Der vom Stadtrat nun vorgelegte Projektbericht «Strategische Schulraumplanung» stellt eine endgültige Abkehr von diesem Prinzip dar. In der ersten Fassung des Berichts schlug der Stadtrat den Bau einer neuen Quartierprimarschule im Städeli vor. Erst auf Verlangen der Planungskommission wurde als Alternative auch der Neubau von Schulraum in Zentrumsnähe geprüft. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass das Stadtparlament am 07.07.2011 die Vorlage «Neubau modulare Quartierprimarschule» an den Stadtrat zurückgewiesen hatte mit dem Auftrag:

*«... eine Vorlage zu unterbreiten, welche den Bedarf an Schulraum mit einer möglichst zentrumsnahen Lösung abdeckt.»*

Im Jahr 2013 hat das Stimmvolk mit der Ablehnung der «Quartierschulhaus-Initiative» die Haltung des Stadtparlaments bestätigt. Massgebend waren insbesondere folgende Argumente:

- Die Planungsflexibilität ist bei einem Schulstandort im Zentrum erheblich grösser, entsprechend sind Optimierungen in betrieblicher und finanzieller Hinsicht eher möglich als einem peripheren Standort.
- Ein Neubau im Städeli würde der Tendenz zur «sozialen Entmischung» an den Schulen Vorschub leisten und damit den Integrationszielen zuwiderlaufen.

Der Rückweisungsantrag des Parlaments vom 07.07.2011 ist bis heute nicht erfüllt, derweil hat sich der Schulraummangel weiter verschärft und die Stadt sah sich wiederholt gezwungen, teure und suboptimale Provisorien zu realisieren. Vor diesem Hintergrund ist es für die Fraktion GRÜNE prowil unverständlich, dass der Stadtrat eine neue Debatte über ein Schulhaus im Städeli lanciert, anstatt zielstrebig eine Lösung in Zentrumsnähe zu planen und umzusetzen. Dieses fragwürdige Vorgehen kostet die Stadt Wil einmal mehr eine Menge Zeit und Geld.

Nach Ansicht der Fraktion GRÜNE prowil haben sowohl das Integrationsleitbild vom 24.05.2004 als auch der Auftrag des Parlaments vom 07.07.2011 nach wie vor Gültigkeit, ebenso wie die Erkenntnisse aus dem Postulatsbericht «Soziale Durchmischung im ganzen Stadtgebiet» vom 11.09.2013. Neue Fakten und Argumente, welche es rechtfertigen würden, die damaligen Erwägungen und Entscheide in Frage zu stellen, sind nicht auszumachen. In die Erarbeitung der zitierten Papiere und in die politischen Entscheidungsfindungsprozesse wurden erhebliche Ressourcen investiert, finanziert durch die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler der Stadt Wil. Es ist deshalb inakzeptabel, wenn der Stadtrat die einschlägigen Handlungsanweisungen bei der strategischen Schulraumplanung über den Haufen wirft und dies nicht einmal transparent kommuniziert.

## **Fragen an den Stadtrat**

1. Teilt der Stadtrat die Auffassung, dass städtische Strategiepapiere, Leitbilder, Beschlüsse usw. zu beachten und umzusetzen sind, solange sie nicht ausdrücklich aufgehoben bzw. widerrufen

- werden? Falls nein, nach welchen Kriterien entscheidet der Stadtrat, ob er sich an die entsprechenden Vorgaben hält oder nicht?
2. Teilt der Stadtrat die Auffassung, dass sich der finanzielle und personelle Aufwand zur Erarbeitung und politischen Beratung von Strategiepapieren und Berichten nur rechtfertigen lässt, wenn daraus resultierende Erkenntnisse und Massnahmen ernst genommen und umgesetzt werden?
  3. Teilt der Stadtrat die Auffassung, dass das Integrationsleitbild vom 24.05.2004 weiterhin gültig und im Sinne einer Daueraufgabe umzusetzen ist?
  4. Teilt der Stadtrat die Auffassung, dass die Massnahme 11 des Integrationsleitbildes für die Schulraumplanung eine hohe Relevanz aufweist? Weshalb wurde diese im Projektbericht «Strategische Schulraumplanung» nicht berücksichtigt?
  5. Teilt der Stadtrat die Auffassung, dass der Beschluss des Stadtparlaments vom 07.07.2011 weiterhin gültig ist? Falls nein, aus welchen Gründen und ab welchem Zeitpunkt erachtete der Stadtrat diesen Beschluss als obsolet?
  6. Der Anteil fremdsprachiger Kinder in einer Schulklasse hat einen erheblichen Einfluss darauf, ob die Sozialisation und Integration dieser Kinder gelingt. Wenn eine grössere Anzahl Kinder eine die gleiche Fremdsprache als Muttersprache spricht und untereinander in dieser Sprache kommuniziert, entsteht daraus rasch eine Gruppendynamik, die sich der Kontrolle der Lehrperson entzieht und den Integrationsbemühungen zuwiderläuft. Anerkennt der Stadtrat die Bedeutung der sozialen Durchmischung (zumindest in sprachlicher Hinsicht) für eine erfolgreiche Integration der Schulkinder?
  7. Teilt der Stadtrat die Auffassung, dass im Rahmen der Schulraumplanung und Klasseneinteilung unbedingt anzustreben ist, dass fremdsprachige Kinder derselben Muttersprache auf verschiedene Klassen verteilt werden können?
  8. Gemäss Interpellationsantwort vom 24.11.2021 liegt der Anteil von fremdsprachigen Kindern in der Primarschule Lindenhof bei rund 80%, während er in den Primarschulen Kirchplatz und Rossrüti rund 20% beträgt. Teilt der Stadtrat die Einschätzung, dass ein Fremdsprachigenanteil von 80% (wie im Postulatsbericht vom 11.09.2013 aufgezeigt) die Integrationsfähigkeit der Schule überfordert? Falls ja, was gedenkt der Stadtrat zu unternehmen, um die Fremdsprachigenanteile an den einzelnen Schuleinheiten künftig besser auszugleichen?
  9. Im Postulatsbericht vom 11.09.2013 wird erwähnt, dass die Stadt Wil ihr Grundstück im Städeli dazu nutzen könnte, die soziale Durchmischung im Hofbergquartier zu verbessern. Ist der Stadtrat bereit, im Städeli anstelle eines Schulhauses eine Wohnüberbauung mit integriertem Kindergarten, günstigem Wohnraum für Familien, öffentlichen Treffpunkten, Sozialwohnungs- und allenfalls Gewerbeanteil zu planen?

Fraktion GRÜNE prowil

Sebastian Koller,  
Erstunterzeichner

Interpellation Sebastian Koller (GRÜNE prowil) – Soziale Durchmischung und Integration an den Wiler Schulen – kein Thema mehr für den Stadtrat?

		Unterzeichn... ja
Meret Grob		
Luc Kauf		
Matthias Loepfe		
Guido Wick		
Mathias Schlegel		
Dora Luginbühl		
Manuel Nick		
Michael Sarbach		